

Halle im Herbst

Kontroversen und Spannungsfelder im Umgang der lokalen Stadtgesellschaft mit dem rechtsterroristischen Anschlag vom 9. Oktober 2019

Tobias Johann

1. Einleitung

Am 9. Oktober 2019 versuchte ein Attentäter gegen 12:00 Uhr mittags mit selbst gebauten Sprengsätzen und Schusswaffen die Synagoge in Halle (Saale) zu stürmen. Sein Ziel war es, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur so viele Jüdinnen und Juden wie möglich zu töten. In der Synagoge in der Humboldtstraße hielten sich zu diesem Zeitpunkt 51 Personen auf. Als seine Versuche scheitern, durch gewaltsames Öffnen einer Holztür in die Synagoge zu gelangen, warf er mehrere Sprengsätze über die Mauer in den Innenhof des Gebäudes. Kurz darauf erschoss er Jana L., eine zufällig vorbeilaufende Passantin. Auf der Suche nach einem neuen Anschlagziel fuhr der Attentäter anschließend mit seinem Auto zu einem nahegelegenen Dönerimbiss, warf eine selbst gebaute Nagelbombe auf das Geschäft und verletzte dabei eine Passantin. Im Imbisslokal erschoss er den Gast Kevin S. und feuerte mehrmals auf die anderen Anwesenden. Auf seiner Flucht vor der mittlerweile eingetroffenen Polizei schoss der Attentäter auf weitere Personen. Auf der Magdeburger Straße steuerte er durch den Gegenverkehr und überfuhr den aus Somalia stammenden Passanten Aftax I. Der Attentäter flüchtete anschließend mit dem Auto bis in das 30 Kilometer entfernte Landsberg-Wiedersdorf. Hier schoss er bei dem Versuch, ihr Auto zu stehlen, auf ein Ehepaar, erpresste in einer nahegelegenen Kfz-Werkstatt ein Taxi, wurde aber auf der B91 von einer Polizeistreife entdeckt und kollidierte nach kurzer Verfolgungsjagd mit einem

Lkw. Auf seiner Flucht zu Fuß wurde der Attentäter schließlich nach wenigen Metern von der Polizei festgenommen.¹

Bereits diese knappe Rekapitulation der Ereignisse vom 9. Oktober 2019 zeigt, dass der multilokale Terroranschlag innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets von Halle verschiedene Opfer und unzählige in unterschiedlichem Ausmaß betroffene Personen zur Folge hatte. Der Anschlag von Halle reiht sich ein in die lange Liste extrem rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten mit Todesopfern im wiedervereinigten Deutschland (Waibel 2022, Billstein 2020). Mit Blick auf die sogenannten »Baseballschlägerjahre« (Christian Bangel) samt bundesweit stattfindender Pogrome und mörderischer Brandanschläge u.a. in Hoyerswerda (1991), Saarlouis (1991), Lichtenhagen (1992), Kemnath (1992), Mölln (1992) oder Solingen (1993), die zehn Morde des selbst ernannten NSU (2000–2007), den Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke (2019) sowie das Attentat von Hanau am 19. Februar 2020 wird unmissverständlich klar, dass auch im Fall des Attentats von Halle keineswegs von einer »Einzeltat« gesprochen werden kann. Obwohl der Täter vom 9. Oktober 2019 bei der konkreten Tatausführung nach aktuellem Wissensstand allein handelte, machen seine Tatvorbereitungen und -ankündigung im Internet und seine aktive Einbettung in ein (digitales) Netzwerk von ideologisch Gleichgesinnten und Unterstützer:innen deutlich, dass auch von einem »Einzeltäter« keine Rede sein kann (Puls 2019, Sanders 2022). Dies ist wichtig zu betonen, nicht nur, weil solche Einordnungen nach rechtsterroristischen Anschlägen immer wieder und scheinbar reflexhaft in gesellschaftlichen Diskursen Wiederhall finden. Auch zielen extrem rechte Strategien genau darauf ab, den öffentlichen Diskurs in diese Richtung zu lenken, um Mitwisser:innen und rechte Strukturen vor Strafverfolgung zu schützen (Sanders et al. 2013).

Der Soziologe Helmut Dahmer spricht im Kontext des Anschlags in Halle von einem »pathischen Vergessen« in der deutschen Gesellschaft, die in rechten Terroranschlägen wiederholt nur Einzeltaten von Einzeltätern zu erkennen glaubt und darüberhinausgehende Zusammenhänge bestreitet (Dahmer 2019: 9). Dies liege u.a. in einer kollektiven Schuld- und Erinnerungsabwehr begründet, die aus der bis heute nicht hinreichend erfolgten Aufarbeitung der Shoah resultiere. Dahmer spricht von einer »kollektiven Derealisierung« (ebd.: 17) begangener Verbrechen, die deren Wiederholung in Form rechtsterroristischer Gewaltakte wie in Halle und Hanau erst möglich mache. Auch Samu-

1 Eine ausführlichere Darstellung des gesamten Tatgeschehens findet sich bei Brinkmann/Krüger/Schreiter 2022: 17ff.

el Salzborn konstatiert so pointiert wie ernüchternd mit Blick auf die Kontinuität des Rechtsterrorismus in der BRD: »Die bundesdeutsche Alltagskultur hat, so bitter diese Erkenntnis ist, vom Rechtsterrorismus in Geschichte und Gegenwart so gut wie keine Kenntnis genommen« (2022: 538). Kontinuitäten zeigen sich auch mit Blick auf die zugrundeliegende antisemitische Ideologie vieler dieser Taten. Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai (2022) weisen darauf hin, dass persistente Abwehrdiskurse einer mehrheitlich nicht-jüdischen Öffentlichkeit in Deutschland auch gegenüber der strukturellen Kontinuität von antisemitischer Gewalt wirkmächtig sind, sowohl im Fall von Halle, als auch jenseits rechtsterroristischer Anschläge. Bereits kurz vor dem Anschlag in Halle lieferte Ronen Steinke (2020) einen umfassenden Überblick über antisemitische Gewalt in Deutschland, in die sich der 9. Oktober 2019 nahtlos einreicht. Hätte der Attentäter sein Vorhaben in die Tat umsetzen können, wäre es zum verheerendsten antisemitischen Gewaltverbrechen in Deutschland seit 1945 gekommen.

Während die rassistische Mordserie des NSU erst mit der Selbstenttarnung des Kerntrios sehr viel später der Öffentlichkeit, Politik und auch weiten Teilen der Zivilgesellschaft bekannt wurde, war in Halle eine digitale Teilöffentlichkeit beim Morden live dabei. Der Attentäter streamte seine Taten samt eindeutigen antisemitischen, rassistischen und antifeministischen Bekenntnissen via Go-Pro-Kamera ins Internet (Baeck/Speit 2020, Sanders 2022, Schattka 2024). Die Stadtgesellschaft in Halle war damit mit einem rechten Terroranschlag konfrontiert, der vom Augenblick seiner Durchführung an weder bestritten noch (politisch) umgedeutet oder als solcher relativiert werden konnte. Für die unmittelbar Betroffenen hatte das Attentat schwerwiegende, bis heute wirksame Folgen. Auch viele nicht unmittelbar ins Anschlagsgeschehen involvierte Bewohner:innen der Stadt versetzten die Taten in Schock. Zahlreiche engagierte Akteur:innen in Halle beschäftigten sich nach dem Anschlag aktiv mit dessen Analyse und der Bewältigung der Folgen. Noch immer ist das Thema Gegenstand von politischen und stadtgesellschaftlichen Debatten. Ein Teil dieser Auseinandersetzungen, die darin zutage tretenden Konfliktlinien und divergierenden Positionierungen rund um angemessene Formen des Gedenkens sowie (individuelle) Strategien des Bewältigens des Erlebten stehen in diesem Beitrag im Mittelpunkt. Die empirische Basis dafür bieten Daten aus einem Forschungsprojekt am *Deutschen Jugendinstitut* in Halle. Im Folgenden werden zunächst Forschungsdesign und Fragestellungen

des Projekt vorgestellt, gefolgt von einem Einblick in ausgewählt empirisch Befunde².

2. Das Forschungsprojekt »Lessons Learnt? – Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau«

Lange fokussierte die Auseinandersetzung mit dem Anschlag in Halle auf Analysen der Tat und deren ideologische Hintergründe (u.a. Fürstenberg 2023, Brinkmann/Krüger/Schreiter 2022, Chilinski 2022), widmete sich dem (vermeintlich) neuen Tätertyps einer »Generation Rechtsterrorismus 2.0« (Kleffner 2022) oder dem Aspekt der »Gamification« (Baeck/Speit 2022, kritisch dazu: Sanders 2022). Nicht-Wissenschaftliche Publikationen machen primär die Stimmen von Überlebenden und Hinterbliebenen (u. a. Brumlik et al. 2022, Dirschereit 2022, Weissberg 2020) sichtbar. Die Folgen des Anschlags in der Stadt Halle und bei deren Bewohner:innen in den Blick zu nehmen, blieb dabei eine Leerstelle.

Im Jahr 2021 wurde an der Außenstelle Halle des *Deutschen Jugendinstituts e.V.* (DJI) ein Forschungsprojekt initiiert, das sich den Auswirkungen und dem Nachwirken des Attentats in der lokalen Stadtgesellschaft widmet. Das Projekt »Lessons learnt? – Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau: Bewältigung und Aufarbeitung durch Zivilgesellschaft und Politik, Pädagogik und Beratung« wurde im Rahmen einer Forschungsk Kooperation mit dem Landes-Demokratiezentrum Hessen durchgeführt, das sich seinerseits mit den Nachwirkungen des Attentats in Hanau vom 19. Februar 2020 beschäftigte.³ Mit identischen Fragestellungen wurden in beiden Teilprojekten die Perspektiven von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Initiativen, der Kommunalverwaltung und -politik sowie von Beratungsstrukturen auf die Zeit nach den rechtsterroristischen Anschlägen in den beiden Städten untersucht. Im Mittelpunkt standen dabei unter anderem:

-
- 2 Alle Ergebnisse des Forschungsprojekts und seiner beiden Teilprojekte in Halle und Hanau wurden jüngst in einem Sammelband veröffentlicht (Becker et al. 2025).
 - 3 Ich danke an dieser Stelle herzlich allen Personen, die sich für Interviews zur Verfügung stellten, dem Projektteam Björn Milbradt, Frank Greuel und Marco Schott sowie den studentischen Kolleg:innen Viktoria Abel und Johannes Scherpf, die das Forschungsprojekt in Interpretationssitzungen und durch Recherchen unterstützt haben.

- wahrgenommene Auswirkungen des Anschlags auf »die« Stadtgesellschaft,
- unterschiedliche Bewältigungsstrategien des Anschlags und seine Nachwirkungen sowie
- in Anspruch genommene Unterstützungsressourcen und von den befragten Akteur:innen wahrgenommene Leerstellen.

Ein Ziel des als multiperspektivische Interviewstudie angelegten Forschungsprojekts war es, zu einem möglichst facettenreichen Blick auf die Stadtgesellschaft und die in der Aufarbeitung des Anschlagsgeschehens involvierten Akteur:innen zu gelangen. Aus den vielschichtigen Erfahrungen in Halle und Hannau zu lernen und das entsprechende Wissen an weitere in Zukunft möglicherweise ebenfalls von (rechts-)terroristischer Gewalt betroffene Städte und deren zivilgesellschaftlich engagierte Bewohner:innen weiterzugeben, ist das zentrale Anliegen der Studie.

Im Teilprojekt Halle führten Forscher:innen des DJI von Sommer 2021 bis Frühjahr 2022 insgesamt 16 leitfadengestützte Interviews (Helfferich 2019) mit Überlebenden des Anschlags, Aktivist:innen der lokalen Zivilgesellschaft, mit Vertreter:innen von religiösen Institutionen sowie Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, von Sicherheitsbehörden und professionellen Beratungsstrukturen. Auf Grundlage intensiver Feldrecherchen und dem Schneeballprinzip folgend wurde ein Interviewsample zusammengestellt, das eine möglichst multiperspektivische Betrachtung des Forschungsgegenstands in der Hallenser Stadtgesellschaft gewährleisten soll. Das Sample bildet somit keinen repräsentativen Querschnitt der gesamten Stadtgesellschaft ab, sondern weist einen Bias zugunsten von zivilgesellschaftlich engagierten Befragten sowie eine Unterrepräsentanz von Akteur:innen aus Kommunalpolitik und Stadtverwaltung auf. Wichtigstes Kriterium bei der Auswahl der befragten Personen war, dass diese in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Anschlag als Repräsentant:innen ihrer Organisationen, Gruppierungen und Zusammenschlüsse sichtbar in Erscheinung getreten sind.

Der offene Eröffnungsimpuls des eingesetzten Leitfadens⁴ lautete: »Die Stadt Halle ist bis heute mit den Folgen des Attentats vom 9. Oktober 2019

4 Eine ausführliche Darstellung des Forschungsdesigns und Erhebungsinstruments findet sich bei Becker et al. (2025); ein Überblick über die empirischen Befunde im Teilprojekt Halle sowie eine selbstkritische Einordnung der prekären Rahmenbedingungen der Studie bei Creuel/Johann/Schott (2025).

konfrontiert. Erzählen Sie mir bitte aus Ihrer Sicht von der ersten Zeit nach dem Anschlag.« Weitere Themenbereiche des Leitfadens umfassten zudem die wahrgenommenen Reaktionen anderer Akteur:innen auf das Attentat, (Unterstützungs-)Bedarfe zur Bewältigung des Anschlags, wahrgenommene Veränderungen im stadtgesellschaftlichen Klima sowie Fragen rund um ein angemessenes Erinnern und Gedenken.

Die Auswertung des gesamten Interviewmaterials erfolgte in erster Linie mittels zusammenfassender qualitativer Inhaltsanalyse (Mayring 2015: 69ff., Mayring/Frenzel 2019: 637). Ergänzend dazu wurden im Teilprojekt Halle auch rekonstruktive Auswertungen der Eingangssequenzen ausgewählter Interviews im Rahmen von Interpretationsgruppen mit mehreren Forscher:innen durchgeführt, angelehnt an das sequenzanalytische Verfahren der dokumentarischen Methode (Bohnsack 2014: 33ff.). Zur besseren Lesbarkeit wurden die in diesem Beitrag dargestellten Interviewauszüge nach der Analyse und Interpretation der Transkripte sprachlich leicht geglättet.

3. Empirische Befunde: Konfliktlinien in der Stadtgesellschaft nach dem Anschlag

Im Zuge der Auswertung der Interviewtranskripte wurde schnell deutlich, dass es keine einheitliche Perspektive *der* Stadt- bzw. Zivilgesellschaft auf den rechtsterroristischen Anschlag in Halle gibt. Die Ereignisse im Nachgang des 9. Oktober 2019 werden von den Befragten sehr unterschiedlich bewertet. Mit den verschiedenen Perspektiven gehen auch unterschiedliche Aktivitäten und Modi zur Bearbeitung der daraus abgeleiteten Handlungsprobleme einher.

Im Folgenden sollen exemplarisch ausgewählte Kontroversen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Anschlag nachgezeichnet werden, die sich für die von uns befragten Akteur:innen in Halle als besonders wirkmächtig erwiesen. Damit soll zugleich der Herausforderung begegnet werden, dass kaum kollektiv geteilte oder gar konsensfähige Perspektiven auf die Geschehnisse auszumachen sind. Viele dieser Kontroversen spiegeln die grundsätzliche Fragmentierung der lokalen Stadt- und Zivilgesellschaft in verschiedene soziokulturelle Milieus und politische Lager, die in ihrer Komplexität in diesem Beitrag kaum angemessen nachgezeichnet werden können (siehe dazu auch Johann/Schott 2025).

Im Folgenden werden dafür vier zentrale Konfliktlinien und Spannungsfelder nachgezeichnet, die sich aus der Analyse des Interviewmaterials ergaben:

- (1) unterschiedliche Konstruktionen der (individuellen) Betroffenheit von den Tatereignissen und daraus resultierende Konsequenzen für ein anschlagsbezogenes Engagement,
- (2) unterschiedliche Adressat:innen der eigenen anschlagsbezogenen Aktivitäten im Kontext von Aufarbeitung und Gedenken,
- (3) Kontroversen um eine Über- oder Entpolitisierung der Anschlagsereignisse sowie
- (4) divergierende Vorstellungen über eine *angemessene* Erinnerungskultur zum Anschlag in Halle.

In einem abschließenden Fazit werden Implikationen der dargestellten Befunde für weitere in Zukunft möglicherweise ebenfalls von (rechts-)terroristischen Anschlägen betroffene Städte und Kommunen sowie erste Handlungsempfehlungen abgeleitet.

3.1 Differenzierte Betroffenheit – Wer ist vom Anschlag gemeint, wer ist (wovon) betroffen?

Der multilokale Terroranschlag von Halle hat neben den beiden Todesopfern – Jana L. und Kevin S. – eine Vielzahl von Überlebenden, Verletzten, Augenzeug:innen und weiterer involvierter Personen zur Folge. In den ersten Tagen nach der Tat wirkte in den Augen vieler Interviewter die gesamte Stadtgesellschaft unabhängig von Milieu, Bildungsstand oder politischer Positioniertheit in bisher ungekanntem Ausmaß wie »unter Schock.«

»Dieses Ereignis hat tatsächlich erst mal alle erreicht, die sonst nicht betroffen sind und die sonst vielleicht noch nicht mal den Artikel zu Ende lesen würden oder sich gar nicht dafür interessieren.« (Beratungsstruktur 1)

Dieser beschriebene Zustand *kollektiver Betroffenheit* legte sich in Halle jedoch bereits nach kurzer Zeit. Wer sich infolgedessen in welcher Form als vom Anschlag betroffen erachtete und warum, sind dabei für die Stadtgesellschaft keineswegs triviale und leicht zu beantwortende Fragen. So zeugen die divergierenden Antworten der Interviewten von Potenzialen für diverse lokale Kon-

fliktlagen rund um einen angemessenen Umgang mit der Anschlagserfahrung in der Stadtöffentlichkeit.

Für die im Rahmen des Forschungsprojekts Interviewten lassen sich sehr unterschiedliche Perspektiven und Bezugnahmen auf ihre jeweilige persönliche Betroffenheit vom Anschlag und dessen Folgen rekonstruieren, die praktische Konsequenzen für deren Umgangsweisen mit sich bringen. Analytisch werden dabei zunächst Facetten von *unmittelbarer* und *mittelbarer* Betroffenheit unterschieden. *Unmittelbare* Betroffenheit meint die physischen, psychischen und emotionalen Folgen für Personen, die faktisch aus den konkreten Taten bzw. der damit verbundenen Intention des Täters resultieren. Dass die Perspektiven der unmittelbar von der physischen Gewalt des Anschlags Getroffenen in und um die Synagoge und den Kiez Döner stark von diesen Erfahrungen geprägt sind, liegt auf der Hand.

»Ich lebe gerne hier in Halle, ich mag Halle. Ich habe gar nicht daran gedacht oder mir vorgestellt, dass so was hier passieren könnte. Ja, es gibt natürlich Beleidigungen, man schaut weg, man hört nicht hin und guckt einfach weg. Aber so? Mit Waffen und Bomben, [sowas wie] den Anschlag in Halle hab' ich noch nicht erlebt, nicht gesehen. So was war vorher hier auch nicht passiert. [holt tief Luft] Das war, also den Moment, man kann, es spielen sich solche Sachen in Kopf ab, das kann man sich gar nicht vorstellen.« (Überlebender des Anschlags 1)

Im Gegensatz zur hier geschilderten unmittelbaren Betroffenheit drückt sich die *mittelbare* Betroffenheit vor allem als Ausdruck von moralischer Trauer und mitfühlender Anteilnahme mit Überlebenden und Hinterbliebenen der Opfer des Anschlags aus. Diese können sowohl als individuelle Empathiebekundungen mit unmittelbar Betroffenen artikuliert werden, sich in einer persönlichen Identifikation mit einem als (potenziell) betroffen verstandenen Kollektiv⁵ (z.B. mit politisch Linken oder mit Menschen mit Migrationsbiografie) oder nur aufgrund der räumlichen Nähe zum Geschehen begründen (z.B. als Anwohner:in eines der Tatorte). Alle diese Varianten finden sich bei unterschiedlichen Interviewten wieder.

5 Gräfe führt dazu aus, dass sich gerade bei Zugehörigen zu (intendierten) Opfergruppen von Attentäter:innen »das Angstgefühl der Durchschnittspersonen innerhalb dieser Gruppen [erhöht]« (Gräfe 2017: 247). Als Botschaftstaten wirken sich rechtsterroristische Anschläge somit auf weit mehr Menschen aus, als nur auf die unmittelbar Betroffenen (Quent 2021: 65f).

»Man muss ja auch immer dazusagen, es betrifft einen ja auch privat, gerade was den Anschlagsort Kiez Döner betrifft, weil ich da selber wohne. Am Ende oder [lacht] ja, es wühlt, es wühlt einen natürlich auch auf.« (Beratungsstruktur 2)

Bei manchen Interviewten, die weder unmittelbar im Visier des Attentäters waren noch sich in räumlicher Nähe der Tatorte befanden, lassen sich vielfältige und zum Teil widersprüchliche Bezugnahmen auf die eigene Betroffenheit vom Anschlagsgeschehen rekonstruieren. Wenn damit teilweise auch sehr flexible Deutungen der Ziele des Attentäters einhergehen, können mitunter alle Einwohner:innen von Halle als (gleichermaßen) vom Anschlag betroffen betrachtet werden.

»[...] dass das die Zivil- die Hallesche Stadtgesellschaft deswegen so stark mitgenommen hat. [...] Ich hab den Eindruck, weil es die auch hätte treffen können. (hm-hm) Weil es hätte wirklich jeden treffen können [...] und das ist was, dass [du] dann sehr persönlich empfindest und wenn das nur bei der Synagoge gewesen wär, ich weiß nicht (hm-hm).« (Zivilgesellschaftliche Initiative 4)

Aus der Tatsache, dass in Halle zwei Menschen ermordet wurden, die nicht zu den primären und ideologisch motivierten Zielgruppen des Attentäters gehören, wird in diesem Fall abgeleitet, dass sich Vertreter:innen der Stadt- und Zivilgesellschaft stärker persönlich vom Anschlag betroffen fühlen, als dies bei einer erfolgreichen Umsetzung der antisemitischen Tötungsabsicht in der Synagoge der Fall gewesen wäre. Abgesehen von einem eklatanten Mangel an Empathie für Juden und Jüdinnen, der hiermit zum Ausdruck gebracht wird, legen solche Sichtweisen auf Betroffenheit eher eine Teilnahme an Gedenk- und Erinnerungsaktivitäten nahe, die sich primär an die gesamte Stadtbevölkerung richten und sich weniger stark an den Bedarfen der Überlebenden, Hinterbliebenen und vom rechtsextremen Täter gemeinten Personen(-gruppen) orientieren. Genau das fordern wiederum andere interviewte Akteur:innen ein, deren politische Analysen und Deutungen den Anschlag als antisemitischen, rassistischen und misogynen Gewaltakt begreifen und dementsprechend die Bedarfe der unmittelbar Betroffenen zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten machen. Für eine gemeinsame Auseinandersetzung und Bewältigung der Anschlagsfolgen als Stadtgesellschaft bergen

diese unterschiedlichen Sichtweisen auf Betroffenheit somit ein gewisses Konfliktpotenzial.

Zum Teil werden individuelle Betroffenheitskonstruktionen von den Interviewten auch als argumentativer Ausgangspunkt bzw. Auslöser für das eigene zivilgesellschaftliche, politische oder gemeinschaftliche Engagement angeführt. Im ersten Jahr nach dem Anschlag gründeten sich in Halle, auch motiviert aus den unterschiedlichen Betroffenheitserfahrungen heraus, neue zivilgesellschaftliche Initiativen mit anschlagsbezogenen Arbeitsschwerpunkten. Dazu zählen der erste post-migrantische Zusammenschluss der Stadt, eine Solidaritätsgruppe zur Unterstützung der Überlebenden im Kiez Döner sowie eine erinnerungskulturelle Initiative aus dem linken Milieu. Zentraler Ankerpunkt ist für viele dieser Akteur:innen und deren Aktivitäten auch die praktische Unterstützung bei der Durchsetzung von (politischen) Forderungen der unmittelbar Betroffenen.

»Wir sagen immer, ja, die Stimmen der Betroffenen sind irgendwie sehr wichtig. Und wir nehmen das ernst, wenn sie sagen, die Gesellschaft soll sich auseinandersetzen. Das verstehen wir so bisschen als unseren Arbeitsauftrag eigentlich, dass es halt eben auch nicht nur die Betroffenen sein müssen, die halt immer das artikulieren oder irgendwie kritisieren.«
(Zivilgesellschaftliche Initiative 1)

Es wird deutlich, dass von all diesen engagierten Akteur:innen sehr unterschiedliche Be- und Verarbeitungsweisen von unmittelbarer und mittelbarer Betroffenheit mit den Anforderungen eines institutionell organisierten (politischen) Handelns im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen in Einklang gebracht werden wollen. Die darin begründeten Konfliktpotenziale treten bei Fragen der Fürsprache und legitimer Interessenvertretung sowie der Bestimmung spezifischer Adressat:innen der jeweiligen anschlagsbezogenen Aktivitäten noch stärker hervor, wie im Folgenden dargestellt wird.

3.2 Verantwortung und Unterstützung – Wen adressiert Gedenken?

Eine zweite Konfliktlinie, die bei der Auswertung der Interviews deutlich wurde, bezieht sich auf die Fragen, welche Orientierungsrahmen den unterschiedlichen Gedenkaktivitäten zugrunde liegen und wen sie adressieren. In der lokalen Zivilgesellschaft lassen sich bei aller Vielfalt der Perspektiven und Akti-

onsformen im Kontext des Anschlags zwei grundsätzlich verschiedene Formen des Engagements identifizieren: ein eher *opferzentrierter* und ein eher *gesellschaftsbezogener* Typus. Je nachdem, in welcher Form das Engagement umgesetzt wird, ergeben sich unterschiedliche Hintergründe, Zugangsweisen und Ziele.

Ein Teil der Hallenser Zivilgesellschaft markiert in den Interviews deutlich den Anspruch, sich in der eigenen Auseinandersetzung mit dem Anschlag zuvorderst an den Bedarfen, Wünschen und Perspektiven von unmittelbar Betroffenen, d.h. den Überlebenden und Hinterbliebenen zu orientieren. Das eigene zivilgesellschaftliche Engagement wird von diesen Akteur:innen demnach primär als dringend benötigte Unterstützungsleistung in solidarischer Absicht verstanden. Die engagierte Zivilgesellschaft übernimmt hierfür in Eigeninitiative die Verantwortung. Die Bemühungen staatlicher Akteur:innen werden aus dieser Perspektive als unzureichend bis halbherzig sowie unsensibel gegenüber unmittelbar Betroffenen wahrgenommen und die eigenen Aktivitäten ein Stück weit als Kompensation verstanden.

»Es war irgendwie klar, es wird schäbig. Also, das war unsere Erwartungshaltung. Das, was irgendwie Stadt und Land machen werden, wird schäbig, und ich finde, das war auch so, weil man sich da bis zum Schluss nicht dafür interessiert hat, was Überlebende wollen, bis zum Schluss nicht alle eingeladen worden sind.« (Zivilgesellschaftliches Netzwerk 1)

Im Unterschied zu einer solchen die Opfer in den Mittelpunkt stellenden Interessenvertretung vertritt ein großer Teil der engagierten Zivilgesellschaft, die mitunter eng mit Lokalpolitik und Stadtverwaltung zusammenarbeitet, den Anspruch, mit ihren Gedenkveranstaltungen und Formaten der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Anschlag eine möglichst breite Zielgruppe anzusprechen. Manche dieser Befragten sehen sich und ihre Organisationen und Zusammenschlüsse für alle Einwohner:innen der Stadt in der Verantwortung. Ihr Zielhorizont ist in erster Linie ein gemeinsames Gedenken, das dem Ideal nach die gesamte Stadtbevölkerung repräsentieren bzw. einbinden soll. Auf einer symbolischen bzw. symbolpolitischen Ebene stehen hier der kollektive Ausdruck von Anteilnahme und individuelle Bewältigungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Ein Teilziel ist dementsprechend, Räume für eine persönliche Verarbeitung der Geschehnisse für die Stadtgesellschaft als Ganze zu schaffen. Für eine breite Anschlussfähigkeit eignen sich aus Sicht dieser befragten Akteur:innen möglichst inklusive und universell verstandene For-

men des Anschlagsgedenkens, z.B. ein Anti-Gewalt-Banner, eine öffentliche Ausstellung zum Grundgesetz oder verschiedene Gedenkgottesdienste. Diese zeichnen sich vor allem durch einen weitestgehenden Verzicht auf explizite politische Analysen oder Deutungen aus.

Der Inklusivitäts- und Universalitätsanspruch, den ein Teil der Befragten mit einem solchen *Gedenken für alle* verfolgt, steht bei denjenigen Interviewten in der Kritik, die einen eher opferzentrierten Ansatz verfolgen: Der Anspruch könne in der Praxis kaum eingelöst werden, wenn keine explizite Orientierung an den spezifischen Bedarfen und Wünschen der unmittelbar Betroffenen erfolge. Und die wiederum fordern mitunter auch durchaus lautstark eine politische Auseinandersetzung und Verantwortungsübernahme von Entscheidungsträger:innen ein.

»Was wir gelernt haben oder was auch wichtig ist, glaube ich, zu lernen, ist zu versuchen, mit betroffenen Überlebenden zu arbeiten, auf einer politischen Ebene zu sagen, wollt ihr eine Kundgebung mitgestalten, was sind eure Forderungen, habt ihr Forderungen, aber es auch auszuhalten und zu respektieren und zu verstehen, dass es Leute gibt, die das nicht wollen.«
(Zivilgesellschaftliches Netzwerk 1)

3.3 Konfliktpunkt (Ent-)Politisierung – Wie politisch muss, darf oder soll Erinnerung sein?

In vielen der Interviews finden sich wechselseitige kritische Bezugnahmen der Interviewten darauf, wie jeweils andere Akteur:innen der Stadtgesellschaft die Anschlagseignisse deuten und welche Aktivitäten daraus resultierend von ihnen ausgehen. Die stärksten Kritikpunkte und Distinktionen lassen sich bezüglich Fragen der Politisierung bzw. Entpolitisierung identifizieren.

Ein Teil der engagierten Zivilgesellschaft betont in den Interviews, ihre Aktivitäten zielten in erster Linie darauf ab, den Anschlag und seine Folgen intensiv öffentlich zu thematisieren, die strukturell inmitten der Gesellschaft verorteten Ursachen wie Rassismus und Antisemitismus zu problematisieren und lautstark eine kritischere Aufarbeitung zu fordern (z.B. in Form von politischen Kundgebungen und Demonstrationen).

»Aus unserer Sicht kommt man auch nicht um eine Kritik an einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft umhin. [...] Wir hatten zu dem ersten Jahrestag so eine Broschüre rausgegeben, [...] wo wir das auch versucht haben

zu umreißen [...] und damit schon auch irgendwie eine linke, ja, linksradikale Perspektive einfach auf diesen Themenkomplex zu schaffen.« (Zivilgesellschaftliche Initiative 1)

Ein Teil dieser Befragten betont, dass Gedenken für sie durchaus mit der Formulierung einer radikalen Gesellschaftskritik vereinbar sei, sieht sich jedoch zugleich den Vorwürfen anderer zivilgesellschaftlicher Akteur:innen ausgesetzt, den Anschlag und seine Folgen damit in illegitimer Weise zu politisieren. Insbesondere bei den Gedenkveranstaltungen, die zu den ersten beiden Jahrestagen des Anschlags in Halle vor allem von Akteur:innen initiiert und durchgeführt wurden, die sich selbst in eher links-alternativen Teilen der Zivilgesellschaft verorten, war eine teilweise radikal vorgebrachte linke gesellschaftskritische Perspektive zentral. Von anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen – zum Teil aus demselben politischen Milieu – wurde dies wiederum in Rücksichtnahme auf die Bedarfe der unmittelbar Betroffenen als unangemessene Überpolitisierung wahrgenommen.

Umgekehrt finden sich in den Interviews mit Vertreter:innen des links-alternativen Milieus auch deutliche Tendenzen, die öffentlichen Aktivitäten anderer Akteur:innen als »ignorante Entpolitisierung« zu kritisieren. Der Vorwurf lautet dabei, dass die eigentlichen, d.h. gesellschaftlichen Ursachen des Anschlags, wie Rassismus und Antisemitismus, ausgeblendet würden. Am Beispiel eines Gedenkkonzerts auf dem hallischen Marktplatz werden die unvereinbaren Vorwürfe besonders deutlich.

»Dieses schreckliche Gedenkkonzert auf dem Marktplatz, das ich mir auch angesehen hatte, wo ich wirklich zum Teil fassungslos davorstand, wie man jetzt quasi so ne Party schmeißen kann mit irgendwelchen Pop-Künstler:innen, die sich selbst feiern, wenn zwei Wochen vorher so was Schlimmes passiert ist.« (Zivilgesellschaftliches Netzwerk 2)

So wird das Konzert von einem Teil der Befragten als pietätlose, unempathische Alibi-Veranstaltung gedeutet, die nur wenige Tage nach den Anschlagsereignissen ein unangemessenes Spaßevent zu Zwecken des Stadtmarketings darstellt. Ein anderer Teil der Befragten wertet das Konzert, als die von der größten Anzahl von Menschen besuchte Gedenkveranstaltung in Halle und als Versuch der kollektiven Resilienzstärkung einer betroffenen Stadtbevölkerung, die sich nicht unterkriegen lasse. Die Konfliktlinie rund um die Politisierung von Erinnern und Gedenken sorgt bei einem wiederum anderen

Teil der zivilgesellschaftlich engagierten Befragten für Verunsicherung und letztlich für Zurückhaltung im Engagement, weil die Sorge besteht, als (zu) politische:r Akteur:in wahrgenommen zu werden.

»[...] dass wir uns natürlich auch per se als Stimme oder als Plattform für die Stadtgesellschaft sehen. Das heißt, dass wir keine ganz eindeutige politische Ausrichtung zulassen. [...] Wir bemühen uns auch, uns jetzt nicht auf eine Seite zu schlagen. Deswegen waren wir da an dieser Stelle jetzt auch nicht so sichtbar in der direkten Bewältigungsarbeit dieser ganzen Sache.« (Zivilgesellschaftliche Institution 1)

Wie diese Textpassage verdeutlicht, erachtet ein Teil der Befragten eine gewisse Form von politischer *Neutralität* als unabdingbare Voraussetzung für einen durchaus angestrebten (stadt-)gesellschaftlichen Konsens über ein angemessenes Anschlagsgedenken. Die Vorstellungen der Interviewten, was Neutralität in diesem Sinne konkret umfasst, sind jedoch mitunter relativ eng. Bereits »Bewältigungsarbeit« wird in diesem Sinne als (zu) politisch aufgefasst und kommt als geteiltes stadtgesellschaftliches Betätigungsfeld nicht infrage, obwohl oder womöglich auch gerade weil die eigene Institution in diesem Fall dann dafür auch zuständig wäre. Dass politische Forderungen bzw. der kritische Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse im Rahmen der eigenen Gedenkveranstaltungen kaum eine Rolle spielen, wird in diesem Fall als Garant dafür gesehen, eine breite Anschlussfähigkeit herzustellen und eine größtmögliche Öffentlichkeit zu erreichen.

Möglicherweise kann die dargestellte Kontroverse als ostdeutsche Spezifik betrachtet werden, wo vielerorts das Streben nach (vermeintlicher) politischer »Neutralität« der Anerkennung und klaren Benennung von Rechtsextremismus sowie der kritischen Auseinandersetzung mit extrem rechter Gewalt entgegensteht.⁶

6 Salheiser/Quent (2022) führen etwa anhand einer Fallstudie für den Raum Eisenach aus, dass dort der zivilgesellschaftliche Konsens einer Ablehnung von Rechtsextremismus nur noch pro forma besteht. Die lokale Zivilgesellschaft kennzeichnen »Engagementformen, die durch Konstruktionen von »Bürgerlichkeit« oder politischer »Neutralität« eingehegt und limitiert werden.« (ebd.: 178).

3.4. Lebendige Erinnerungskultur – Statisches oder prozesshaftes Gedenken?

In der Stadtgesellschaft von Halle gab und gibt es noch immer keine geteilte Vorstellung eines gemeinsamen Gedenkens und Erinnerns an den Anschlag. Vielmehr lassen sich aus den Interviews ganz unterschiedliche Bedürfnisse, Perspektiven, politische und persönliche Hintergründe und individuelle Grade von Betroffenheit rekonstruieren, die den Akteur:innen jeweils unterschiedliche Formen des Gedenkens nahelegen oder diese auch erforderlich machen. Besonders deutlich wird dies in der Kontroverse um eher prozesshafte oder eher statische Formen des Anschlagsgedenkens.

Ein Teil der Interviewten präferiert ein dauerhaftes, offenes und dynamisches Erinnern an die Anschlagseignisse, das von verschiedenen Akteur:innen unter sich wandelnden (stadt-)gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer wieder neu gestaltet werden kann.

»Ich wünsche mir, dass die Erinnerung nicht nur an einem Tag im Jahr passiert und dann, das war's. Ich denke, Erinnern braucht jeden Tag, dass wir daran denken, wo und wie und warum und auch hier in der Stadt Menschen informieren.« (Zivilgesellschaftliche Initiative 3)

Mit diesem Anspruch geht bei vielen Befragten ein Wunsch nach Vernetzung mit und nach Einbeziehung von anderen Betroffenen und Überlebenden von rechtsterroristischen Anschlägen und rechter Gewalt in ganz Deutschland einher. Der überwiegende Teil der Interviewten, die solche prozesshaften Vorstellungen von Erinnerungskultur vertreten, fokussiert seine eigenen Aktivitäten dementsprechend neben einer materiellen und ideellen Unterstützung von unmittelbar Betroffenen auf die Errichtung eines offenen und partizipativ gestaltbaren Gedenkorts im ehemaligen Kiez Döner (*TEKIEZ*) sowie auf politischen Aktivismus.

Ein anderer Teil der Interviewten verbindet Gedenken wiederum stärker mit statischen Ausdrucksformen, wie z.B. montierten Gedenktafeln an den zwei zentralen Tatorten. Diese Tafeln schaffen öffentlich sichtbare Fakten, schreiben Botschaften fest und materialisieren so überindividuell das Erinnern an die Ereignisse im Stadtbild. Als Vorbild für eine gelungene Form statischen Gedenkens werden von mehreren Befragten die Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig in Erinnerung an Opfer der Shoah angeführt.

»Ich finde oft die unaufdringlichen Erinnerungen am allerbesten, wie z.B. das Stolpersteinprojekt. Das ist für mich sowas, was im Alltag integriert ist und sich nicht so raushebt [...], aber viel wichtiger als diese Gedenksteine finde ich eben die ganz klare Besinnung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.« (Zivilgesellschaftliche Institution 1)

Mit einer solchen Perspektive gehen formbedingt (sprachliche) Vereindeutigungen einher, die nur wenig Platz für Ambivalenzen oder die Repräsentation verschiedener Perspektiven zulassen.⁷ Entsprechend wurden in Halle deutliche Kontroversen rund um die Inschriften der städtischen Gedenktafeln an der Synagoge und dem ehemaligen Kiez Döner sichtbar, auf denen der Anschlag ausschließlich als antisemitisch bezeichnet wird, die rassistischen und misogynen Tatmotive jedoch außen vor bleiben. Aus Sicht vieler Befragter finden solche Vorstellungen einer eher statischen Erinnerungskultur bei Akteur:innen aus Stadtverwaltung, Landes- und Kommunalpolitik großen Anklang. Sie kommen auch in sich wiederholenden offiziellen Gedenkakten zum Ausdruck, z.B. mit dem Ritual der Kranzniederlegung. Insbesondere aus Perspektive von unmittelbar Betroffenen und von Beratungsstrukturen wird diese Praxis mitunter als problemverstärkende Symbolpolitik gedeutet, wie hier exemplarisch eine Mitarbeiterin einer Beratungsstruktur betont.

»Was immer wieder eine Erfahrung von Betroffenen von Anschlägen [ist], da, wo es eine öffentliche Anteilnahme [gibt] und politische Verantwortung übernommen wird, hat man auch immer mit Symbolpolitik zu tun. Das heißt, sie bringen ihre Blumen, sagen die Worte in die Kamera und gehen wieder. Wenn man Glück hat als betroffener Mensch, kriegt man noch einen Händedruck und ein Versprechen, was dann nicht eingehalten wird.« (Beratungsstruktur 1)

4. Fazit und Ausblick

Der Schrecken des Anschlags von Halle und seine Nachwirkungen werden die Überlebenden und Hinterbliebenen wohl für immer begleiten. Bis heute

7 Eine an vielen anschlagsbetroffenen Orten geführte Auseinandersetzung um die Errichtung eines zentralen Mahn- oder Denkmals (kritisch dazu siehe Krieger 2021) fand in Halle bisher noch nicht statt.

beschäftigen ungelöste Kontroversen und daraus resultierende Herausforderungen die engagierte Zivilgesellschaft ebenso wie Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und professionelle Beratungsstrukturen. Die damit verbundenen Konflikte und Auseinandersetzungen sind komplex und verlaufen nicht nur zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Entsprechend der in diesem Beitrag nur grob skizzierten Konfliktlinien entwickelten sich in Halle mehrere tendenziell unverbundene Gedenkpraxen, die von jeweils unterschiedlichen Akteur:innen in verschiedenen Milieus getragen werden und an mehreren (Tat-)Orten im Stadtgebiet an den Anschlag erinnern (Johann/Schott 2025). Manche davon politisieren ihr Gedenken öffentlichkeitswirksam und schaffen so Verbindungslinien zu linker Gesellschafts- und Kapitalismuskritik, andere bevorzugen betont »neutral« gehaltene (Re-)Aktionenformen. Bei einigen Akteur:innen stehen die Bedarfe der unmittelbar Betroffenen im Zentrum ihrer Aktivitäten, bei anderen wiederum das Einbinden möglichst breiter Teile der Stadtbevölkerung. Es finden sich in all unseren Interviews jedoch deutliche Hinweise darauf, dass die Befragten die Gedenkpraxen wechselseitig beobachten, sich daran reiben und Kritik üben. Dabei lässt sich bei vielen Akteur:innen die Tendenz beobachten, die eigenen Ansprüche an *angemessene* Gedenkpraxen absolut zu setzen. Vor diesem Hintergrund werden anschlagbezogene Aktivitäten anderer Akteur:innen, die anderen Logiken folgen, mindestens skeptisch betrachtet, mitunter sogar versucht, diese als unangemessen zu delegitimieren. Dennoch lassen sich die zum Teil öffentlich geführten Debatten in Halle auch als sukzessiver gesellschaftlicher Fortschritt und Anzeichen für eine (moderat) gestiegene Sensibilisierung verstehen, blickt man zurück auf die enormen Widerstände, mit denen zivilgesellschaftliche Gedenkinitiativen an rechte Gewalt in der Vergangenheit zu kämpfen hatten (Kleffner 2022).

Welche Lernerfahrungen und Implikationen lassen sich nun aus den dargestellten Befunden für in Zukunft von rechtsterroristischen Anschlägen betroffene Städte ableiten? Zunächst bedarf es der Einsicht oder zumindest einer Sensibilisierung aller relevanten handelnden Akteur:innen vor Ort dafür, dass es nicht notwendigerweise ein vereinheitlichendes und alleinig »richtiges« Anschlagsgedenken für die gesamte Stadtgesellschaft geben muss und es dies in immer diverser werdenden Gesellschaften womöglich auch gar nicht geben kann. Heterogene Erinnerungs- und Gedenkpraktiken nach einer kollektiven Gewalterfahrung können für unterschiedliche Akteur:innen vor Ort unterschiedliche Funktionen erfüllen und stellen zunächst legitime Ausdrucksformen eines Bewältigungshandelns dar. Gedenkpraktiken, die mit unterschied-

lich gelagerten Trauer- oder Verarbeitungsbedürfnissen verbunden sind, sollten nicht in Konkurrenz, sondern nebeneinander stehen können und sich bestenfalls komplementär mit Blick auf unterschiedliche soziokulturelle Milieus einer Stadtgesellschaft ergänzen. Dies erfordert von allen Beteiligten die Bereitschaft zur Perspektivübernahme, Empathie und Anerkennung von unterschiedlichen Denk- und Handlungslogiken anderer Akteur:innen vor Ort. Das bedeutet auch eine Reflexion schematischer und routinierter Reaktionen auf so gravierende und für viele unfassbare Ereignisse.

Zudem braucht es gegebenenfalls eine stärkere Verantwortungsübernahme von Institutionen, die zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen, Milieus und Positionen einer von einem Terroranschlag getroffenen Stadtgesellschaft vermitteln können. Aus Sicht vieler Befragter könnten etwa Stadtverwaltung und Kommunalpolitik in viel stärkerem Maße der engagierten Zivilgesellschaft sowie der breiten Stadtbevölkerung Räumlichkeiten, Ressourcen und Infrastruktur zur Verfügung stellen, um milieuübergreifend in Dialog und Austausch über Bedarfslagen zu treten und über möglicherweise sogar konsensfähige Formate für eine lokale Erinnerungskultur zu diskutieren.

Literaturverzeichnis

- Baack, Jean-Philipp/Speit, Andreas (Hg.) (2020): Rechte Ego-Shooter Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Becker, Reiner/Georg, Eva/Damat, Gamze/Johann, Tobias/Milbradt, Björn (Hg.) (2025): Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau: Bewältigung und Aufarbeitung durch Zivilgesellschaft und Politik, Pädagogik und Beratung, Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Billstein, Thomas (2020): Kein Vergessen – Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945, Münster: Unrast.
- Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden, Opladen u.a.: UTB.
- Brinkmann, Christina/Krüger, Nils/Schreiter, Jakob (Hg.) (2022): Der Halle-Prozess: Hintergründe und Perspektiven, Leipzig: Spector Books.
- Brumlik, Micha/Chernivsky, Marina/Czollek, Max/Peaceman, Hannah/Schapiro, Anna/Wohl von Haselberg, Lea (Hg.) (2023): Nachhalle (= Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart, Bd. 8), Berlin: Neofelis.

- Chernivsky, Marina/Lorenz-Sinai, Friederike (2022): »Antisemitische Gewaltdynamiken in und jenseits extremer Gewalt«, in: Brumlik/Chernivsky/Czollek/Peaceman/Schapiro/Wohl von Haselberg, Nachhalle, S. 48–61.
- Chilinski, Jacob (2022): Der Terroranschlag in Halle und die diskursive Aushandlung der Rassifizierung von Religion. Eine Wissenssoziologische Diskursanalyse zu Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus (=Institut für Religionswissenschaft und Religionspädagogik, 11), Bremen: Universität Bremen.
- Dahmer, Helmut (2019): Antisemitismus, Xenophobie und pathisches Vergessen. Warum nach Halle vor Halle ist, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Fürstenberg, Michael (2023): »Der neue Terror von rechts. Eine fünfte Welle des Terrorismus?« In: Marc Coester/Anna Daun/Florian Hartleb/Christoph Kopke/Vincenz Leuschner (Hg.), Rechter Terrorismus: international – digital – analog, Wiesbaden: Springer VS, S. 77–99.
- Gräfe, Sebastian (2017): Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, »Feierabendterroristen« und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden: Nomos.
- Greuel, Frank/Johann, Tobias/Schott, Marco (2025): »Der rechtsterroristische Anschlag von 9.10.2019: Belastungen, Bewältigung und Bilanzierung in der Stadtgesellschaft – Empirische Befunde des Teilprojekts Halle im Überblick«, in: Becker/Georg/Damat/Johann/Milbradt, Lessons learnt?, S. 25–53.
- Helfferich, Cornelia (2019): »Leitfaden- und Experteninterviews«, in: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 669–686.
- Johann, Tobias/Schott, Marco (2025): »Erinnern an Halle. Erinnern in Halle – Die Gestaltung von Erinnerungsorten für rechtsterroristische Anschläge als Gegenstand stadtgesellschaftlicher Konflikte«, in: Becker/Georg/Damat/Johann/Milbradt, Lessons learnt?, S. 54–80.
- Kleffner, Heike (2021): »Die mörderische Gewalt der »Generation Terror« und die Verdrängung ihrer Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis. Eine Spurensuche und Würdigung antirassistischer und antifaschistischer Gedenkinitiativen«, in: Onur Suzan Nobrega/Matthias Quent/Jonas Zipf (Hg.), Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors, Bielefeld: transcript, S. 257–272.

- Kleffner, Heike (2022): »Kontinuitäten von Rechtsterrorismus – Die Baseballschlägerjahre und der Terror von heute«, in: Brumlik/Chernivsky/Czollek/Peaceman/Schapiro/Wohl von Haselberg, Nachhalle, S. 14–47.
- Krieger, Verena (2021): »Denkmäler gegen rechte Gewalt und Rassismus in Deutschland: 1922–2022«, in: Nobrega/Quent/Zipf, Rassismus. Macht. Vergessen, S. 381–399.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage, Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp/Frenzel, Thomas (2019): »Qualitative Inhaltsanalyse«, in: Baur/Blasius, Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 633–648.
- Puls, Hendrik (2019): »Rechtsmotivierte »Einzeltäter« in Deutschland«, in: Matthias Quent/Samuel Salzborn/Axel Salheiser (Hg.), Wissen schafft Demokratie 06/2019 – Rechtsterrorismus (=Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft), Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung, S. 133–141.
- Quent, Matthias (2021): »Blinde Flecken öffentlichen und staatlichen Umgangs. Über die Rechtfertigung von Rechtsradikalismus und -terrorismus«, in: Tanjev Schultz (Hg.), Auf dem rechten Auge blind? Rechtsextremismus in Deutschland, Stuttgart: Kohlhammer, S. 53–74.
- Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2022): »Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach«, in: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hg.), Lokal Extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftung. Bielefeld: transcript, S. 165–182.
- Salzborn, Samuel (2022): »Der vergessene Terrorismus. Über die Dethematisierung des rechten Terrors in der Bundesrepublik«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Rassismus. Von der frühen Bundesrepublik bis zur Gegenwart, Oldenburg: De Gruyter, S. 525–542.
- Sanders, Eike/Stützel, Kevin/Tymanova, Klara (2013): »Taten und Worte. Neonazistische »Blaupausen« des NSU«, in: Bodo Ramelow (Hg.), Schredden, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen, Hamburg: VSA, S. 114–125.
- Sanders, Eike (2022): »Typische Rechtsterroristen. Die Kontinuität des rechten Tätertyps trotz medialen Wandel«, in: Brinkmann/Krüger/Schreiter, Der Halle-Prozess, S. 70–93.
- Schattka, Chris (2024): »Eine mikrosoziologische Analyse des Anschlags auf die Synagoge in Halle. Zur situativen Handlungsrelevanz von abwesen-

- den Dritten«, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 4, S. 60–73.
- Steinke, Ronen (2020): Terror gegen Juden: Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt – Eine Anklage, Berlin: Berlin Verlag.
- Waibel, Harry (2022): Rechte Kontinuitäten: Rassismus und Neonazismus in Deutschland seit 1945. Eine Dokumentation, Hamburg: Marta Press.
- Weissberg, Nea (Hg.) (2020): Halle ist überall – Stimmen jüdischer Frauen, Berlin: Lichtig.
- Wiegemann, Romina (2022): »Are the kids alright?« – Die Folgen des Anschlags von Halle aus der Perspektive jüdischer Familien«, in: Brumlik/Chernivsky/Czollek/Peaceman/Schapiro/Wohl von Haselberg, Nachhalle, S. 62–72.

